

Umgang mit im Berichtsjahr verstorbenen Versicherten in der kassenübergreifenden Auffälligkeitsprüfung

1. Anlass

Im Rahmen der regulären Einzelfallprüfungen gemäß § 273 Abs. 4 SGB V des Berichtsjahres 2013 brachten einige der betroffenen Krankenkassen in ihren Stellungnahmen die Argumentation vor, dass die fragliche Auffälligkeit über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an im Berichtsjahr Verstorbenen verursacht worden sei; dies stelle eine Tatsache gemäß § 273 Abs 4 Satz 1 SGB V, welche die gefundene Auffälligkeit ausreichend begründe. Im Zuge dessen hat das BAS eine Modellrechnung der Datenprüfung gemäß § 273 Abs 2 und 3 SGB V des Berichtsjahres 2013 durchgeführt, die Versichertenpseudonyme ausschloss, sofern sie im Gruppierungszeitraum bei zeitgleicher Betrachtung verstorben sind. Ihnen wurden dann weder AGG noch HMG zugeordnet.

2. Analyse

Ergebnis der Modellrechnung war, dass jene Krankenkassen, welche die o.g. Argumentation für sich in Anspruch nahmen (Pseudonyme 39, 51), in den betreffenden HMGs tatsächlich nicht auffällig wurden, sobald die verstorbenen Pseudonyme außer Acht gelassen wurden.

Die Ergebnisse sind im Folgenden dargestellt:

Regressionsergebnisse der HMG 110

<u>Pseudonym</u>	<u>Mit Verstorbenen</u>		<u>Ohne Verstorbene</u>	
	<u>RR</u>	<u>p-value</u>	<u>RR</u>	<u>p-value</u>
39	1,585	0,0085	1,3588	0,1527
51	1,177	0,0071	1,0949	0,2227

Pseudonyme, die bei zeitgleicher Betrachtung versterben, erhalten im prospektiven Regelverfahren keine Zuweisungen, denn ihre Versichertentage sind null. Ob ein Versicherter im Berichtsjahr verstirbt, ist für eine Krankenkasse weder plan- noch vorhersehbar.

Die Auffälligkeitsprüfung ist konzeptionell darauf ausgerichtet, möglichst jene Auffälligkeiten zu identifizieren, die mit einer unzulässigen Einwirkung auf die Datengrundlagen im Zusammenhang stehen (können), was aus Sicht des BAS in diesem Fall nicht gegeben ist.

Ein Ausschluss der betreffenden Versicherten aus den Berechnungen erscheint geeignet, bereits im Prüfverfahren irrelevante Konstellationen auszuschließen und somit unnötige Prüfhandlungen sowohl auf Seiten der Krankenkassen als auch auf Seiten des BAS zu vermeiden.

3. Lösung

Aus den genannten Gründen plant das BAS, zeitgleich im Berichtsjahr Verstorbene in der Prüfung gemäß §273 Abs. 2 und 3 SGB V nicht zu berücksichtigen und hat eine entsprechende Änderung in Kapitel 4 des Bestimmungsentwurfes, sowie in Anlage 1 eingepflegt. Zur Einschätzung des Sachverhaltes stellt das BAS sowohl die Prüfergebnisse nach dieser Maßgabe als auch nach dem Regelverfahren zur Verfügung.